

Laibacher Zeitung.



Nr. 291.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 Kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 20. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 50 Kr., 2mal 80 Kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 4 Kr., 2m. 5 Kr., 3m. 10 Kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 50 Kr.

1871.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. December d. J. eine erledigte Toisen-Ordens-Präbende dem k. k. Major der nicht activen Landwehr Johann Pantke Ritter von Prudnik allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. December d. J. die Systemisirung der Stelle eines zweiten Kanzlisten bei der Franz-Joseph-Ordens-Kanzlei zu genehmigen und hiezuden Expeditionsadjuncten des k. k. Obersthofmeisteramtes Rudolf Pokorny allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien und dem k. ungarischen Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel den Herren Aloys Freiherrn v. Poche, Alexander Grafen Paller, Peter v. Asiel, Louis Baron Földvary, Gustav Freiherrn v. Suttner, Heinrich v. Goldberger, Dr. Eduard Horn und Dr. Joseph Bach die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichisch-ungarische Escompte- und Creditbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien der Unionbank in Wien die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Hotel-Actiengesellschaft Metropole“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Nach den Wahlen.

Die öffentliche Meinung, die durch die Journalistik zum Ausdruck kommt, muß gehört werden, mag dieser Ausdruck angenehmen oder unangenehmen Klanges sein. Daß sich die Journalistik derzeit hauptsächlich mit den Reichsraths- und Landtagswahlen beschäftigt, trägt zur Klärung der politischen Situation wesentlich bei.

Wollen wir einige Journalstimmen über die vollzogenen Wahlen vernehmen.

Die „Agrarier Ztg.“ sagt: „Die Landgemeindewahlen in Krain haben für die Verfassungspartei keine günstigen Resultate ergeben. Selbst der Bezirk Gottschee, der in früheren Jahren liberal gewählt hat, konnte heuer noch nicht zurückerobert werden. Die Landgemeinden-Mandate befinden sich also vollzählig in der Hand der National-Cleralen. Das war vorauszusehen, und wir glauben auch nicht, daß den maßgebenden Factoren bei der Auflösung des Krainer Landtags die Hoffnung vorgeleuchtet habe, eine verfassungstreue Majorität zu erringen. Nach unserer Ansicht hat es sich lediglich darum gehandelt, den Landtag, der so offen gegen die Verfassung Stellung genommen, auszulösen und ihm auf diese Art einen Fingerzeig zu geben, daß ähnliche Mandate nicht mehr geduldet werden sollen. Die Herren Slovenenführer wissen nun, woran sie sind, und sollten sie durch diese Lection noch nicht auf den richtigen Weg geleitet worden sein, so wird man es mit directen Reichsrathswahlen versuchen müssen.“

Das „Neue Fremdenblatt“ knüpft an die Wahlen folgende Schlussbemerkung: „Durch die Neuwahlen sind drei Landtage, die von Mähren, Oberösterreich und der Bukowina in ihrer Majorität vollkommen verfassungstreue geworden. Ein Erfolg, der angesichts der ungünstigen Verhältnisse, unter denen die Wahlen stattgefunden, sehr viel zu bedeuten hat. Dem Zahlenverhältnisse nach stehen in Oberösterreich 31 Liberale 18 Ultramontanen und in Mähren 63 Verfassungstreue 34 Deklaranten gegenüber. In Krain vermochte die Verfassungspartei zwar nicht den Charakter des Landtages zu ändern, allein die Minorität der Liberalen beträgt doch, Dank dem Siege im Großgrundbesitze, 13 Man und raubt den National-Cleralen jede Aussicht auf eine zu Verfassungsänderungen nöthige Zweidrittel-Majorität.“

Ein anderes Wiener Blatt sagt: „Die Verfassung ist stärker, sie hat festere Wurzeln im Volke, als selbst

wir geglaubt. Wir erwarteten wohl, daß bei den eben im Zuge befindlichen Wahlen der Verfassungsgedanke siegen werde; auf einen so leichten und glänzenden Sieg jedoch, wie wir ihn jetzt schon errungen, hätten wir nicht zu hoffen gewagt.

Es wird licht in Oesterreich. Neue dunklen Gestalten, welche die Säle der Vertretungskörper unsicher machten, verschwinden allmählig. Der lichte Freiheitsgedanke hat seine alte Kraft wiedergewonnen und hoffnungsreicher kann man wieder in die Zukunft blicken. Die zurückweichenden feudal-ultramontanen Feinde werden wohl nicht unterlassen, vergiftete Pfeile auf die siegreich vordringende Partei der Verfassung und Freiheit abzuschleßen, doch wird kein Pfeil treffen.

Wir constatiren noch einmal mit großer Befriedigung, daß der Verfassungsgedanke in Oesterreich eine gewaltige Macht ist. Von dem Bewußtsein ihrer Stärke muß sich nunmehr die gesammte Verfassungspartei, mit der Regierung an der Spitze, durchdringen lassen. Fest auftreten und rastlos vorwärts schreiten, nichts überstürzen und doch keinen Augenblick sich dem Stillstand hingeben, welcher bekanntlich der Rückschritt ist, das muß die Parole der Verfassungspartei sein, und wenn an derselben festgehalten wird, werden dem jetzigen ersten und glänzenden Siege der Regierung noch viele, viele andere Siege folgen.“

Die „Tagespresse“ schreibt: „Der größte Theil der Wahlen ist vorüber und in den Journalen der verschiedenen Parteifarben werden bereits Berechnungen über den zu Ende dieses Monats zusammentretenden Reichsrath angestellt. Diese Rechenexempel haben aber große Ähnlichkeit mit den üblichen Begriffsbestimmungen und Parteibezeichnungen, welche in willkürlichster Weise angewendet werden. Wenn die Krainer und Tiroler unter Rechtsverwahrung in den Reichsrath nach Wien kommen sollten, dann weise man ihnen die Thüre; eine Verwahrung gegen die Verfassung ist nicht zulässig. Auch in diesen Ländern werden die directen Wahlen ihre Schuldigkeit thun.“

Nach den überstandenen Gefahren wird man heuer nicht mehr so gemüthlich sein, im Abgeordnetenhaus Leute zu dulden, die nur auf Kündigung anwesend sind oder die ihren Eid auf die Verfassung nur bedingungsweise abgeben. Diese demoralisirende Laune, diese geringe Achtung vor dem Gezeze wird hoffentlich rigoröser Strenge und sittlichem Ernste weichen müssen, soll der Parlamentarismus in Oesterreich nicht zum Kinderspott werden. Wer nicht voll und ganz sich dem geltenden Gezeze fügt, der muß ohne viele Umstände zurückgewiesen werden und die Heiligkeit des Gezezes vor Allem gewahrt werden, ohne Rücksicht auf Opportunität, die bereits Schaden genug gestiftet hat. In den directen Nothwahlen besitzt man ein bewährtes Correctiv gegen jene Sorte von Patrioten, die nur in das Parlament treten, um in demselben politische Scandale aufzuführen, den Feinden Oesterreichs zur Freude, Allen, die es wahr und ehrlich mit Freiheit und dem Reiche meinen, zu tiefer Betrübnis.

Heute haben wir eine andere Regierung. Mit Streikdrohungen machen uns die Herren nicht mehr bange, wir wissen nun die Antwort auf diese Heldenthaten, und diese Antwort wird ihnen gegeben werden, darauf können sie sich verlassen. Ebenso werden aus Krain bei directen Wahlen Abgeordnete aus den Städten und dem Großgrundbesitze in den Reichsrath kommen, und kein Land wird in demselben unvertreten sein, denn selbst in Galizien würde mehr als die Hälfte der Bewohner ohne Bedingungen und ohne Forderungen die Wahlen vornehmen.

Die „N. Fr. Pr.“ sagt: „Nur der erste Abschnitt der Wahlbewegung in Böhmen ist vorüber, und dennoch zeigt die Stimmung im czechischen Lager, daß ein Umschwung ganz außerordentlicher Art eingetreten ist. Die Wahlen in Mähren und in Oberösterreich haben das bewirkt. Mit einem Male ist es den czechischen Führern klar geworden, daß ihre Hoffnung, den Reichsrath werde das Schicksal einer Hohenwart'schen Gesamtvertretung erheilen, Täuschung war, daß an ein Nichtzustandekommen desselben nicht gedacht werden kann, und daß der Beginn der Regierungsaction, der ins Innere des Hauses vor dem Schottenthore fällt, sich anstandslos entwickeln wird. Die Kunst, mit der sich Feudale und Czechen selbst belogen, auf und nach dem Föderalistencongresse, hat einem schmählichen Katzenjammer Raum gegeben, in dem adelige und nichtadelige Befenner der Fundamentalsätze einsehen, daß die Wahlgänge außer der böhmischen

Grenze die sogenannte Staatsrechtspolitik gar gewaltig begraben, zu einer Provinzfrage herabdrückten und die Behauptung, daß es eine solidarische Vertretung derselben im ganzen Reiche und in einer Macht gäbe, welche den Reichsrath sogar sprengen könnte, in den Bereich der Fabel gewiesen! Aber mehr noch! Auch der Mythos von der Zusammengehörigkeit der Länder der böhmischen Krone hat nach dem Siege der Verfassungspartei in Mähren einen so gewaltigen Stoß erhalten, wie schon lange nicht. Gleich einer Provinz des Rieger-Clam'schen Staatengebietes hat man hier sich angewöhnt, dies Mähren zu behandeln; gleich Czechen zweiter Klasse wurden diesmal sogar zum ersten Male den mährischen Brüdern von den czechischen Blättern Prags die Candidaten für die Wahl vorgezeichnet; gleich einem gehorsamen Unterbefehlshaber trat öffentlich Prajak vor Rieger, dem czechischen Generalissimus, in den Hintergrund, diesem die Führung der Wahl vertrauend — und trotz alledem ein Resultat, das nichts drastischer erweist, als die Verschiedenheit der czechischen Bewegungen in Böhmen und Mähren, nichts klarer zu Tage fördert, als daß nicht hier wie dort eine Majorität der Bevölkerung zur sogenannten Staatsrechtspolitik stehe! In der That, die Erkenntnis dessen vermag ernüchternd, einschüchternd zu wirken. Zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren, in denen der czechischen Bewegung von Außen Kraft und Bedeutung zugeführt wird, sieht sie sich vor einem großen Mißerfolge, der demgemäß ohne nachhaltige Wirkung nicht bleiben wird. Haben die czechischen Führer ihre fanatisirten Gläubigen zu der Meinung geführt, ihrem Winke gehorche das Schwesterland, so dürfte jetzt an sie die Verantwortung für ein Fiasco herantreten, das man noch in Kürze, wie die Sprache der czechischen Blätter beweist, in den Prager Führerkreisen für ein Ding der Unmöglichkeit gehalten hatte. Es scheint wohl, das die leitenden Elemente Ähnliches befürchten. Eine Aeußerung wenigstens, die von einem ihrer ersten Vertreter colportirt wird, zeigt, um die czechische gewichtige Stimme zu citiren, „daß die Czechen einsehen, wie auf mährischem Boden die Würfel gegen die Prager Führer fielen.“

Aber nicht nur im Innern wird diesen Leitern das politische Geschick so unheilbringend. Rieger's publicistisches Organ enthält auch ein schwermüthiges Bekenntnis, daß die Manie, die czechische Frage über die Grenze zu tragen, einmal eine sehr energische Abkühlung der Präntension, die hierin liegt, mit sich geführt. Trotz der Absehung Novikoff's, die den Prager Weltstürmern mit dem taboritischen Dreiflügel beliebte, ist nämlich von russischer Seite, wie der „Polkol“ selbst bekant, keine Würdigung jener Klagestimmen erfolgt, als deren Verfasser Rieger genannt worden und die Rußlands Einschreiten zu Gunsten der Fundamentalgesetze forberten. Officiös hat „Nord“, die russische Börsenzeitung, die Antwort auf solche Mahnung übernommen, den Czechen moralische Unterstützung wohl zugesagt, aber ihnen rund erklärt, daß kein Russe fordere, Rußland möge sich den Slaven, der Türkei oder gar Oesterreich zuliebe einen Krieg und „sonstige Opfer“ auferlegen. Als wäre hieran nicht genug, läßt sich das Preßbureau des Fürsten Gortschakoff sogar in einem Prager Blatte den Nachweis führen, daß, wenn man Rußland mit Preußens Macht drohe, man Unrecht habe, zu übersehen, wie Rußland der Allianz mit Preußen die höchsten Opfer bringe. Sie sehen, der „Polkol“ und seine Hintermänner haben Recht, zu verzweifeln und in komischem Ingrimm darüber, daß Rußland wie Oesterreich Deutschlands Macht anerkennen, über den Mangel an slavischen Gefühle an der Rewa zu klagen. Eine Zufallskomödie läßt die Anerkennung der Schlappe, die in solchem Stoßfeuer liegt, ertönen an einem Tage, an welchem Wahleresultat auf Wahleresultat einengend wirkte für die czechische Frage, und so sehr dieselbe verringert, daß wohl herber Spott darüber berechtigt wäre, wie die Fundamental-Politik mit einem Male auf den Foflischammel, auf den Standpunkt bloßer Provinzbedeutung herabgesunken. Der Sturz ist jäh genug, um die czechischen Führer zur Erkenntnis zu bringen, wie lange noch eine Traumpolitik möglich sei, die, phantastischen Präntensionen entstammend, in steter Täuschung endigen muß, — jäh genug, um darüber denken zu lassen, ob nicht Einkehr eines gesunden, entschiedenen, seines Zieles bewußten Willens in den maßgebenden Kreisen des Reiches gar bald in Böhmen die slavische Bewegung in ähnlicher Bedeutungslosigkeit zeigen könnte, wie sie heute die Schwesterbewegung in Mähren aufweist.“

Wir schließen die heutige Journal-Revue mit dem Besatze, daß es endlich an der Zeit wäre, aus den Nationalitätentraume nüchtern zu erwachen und nicht Ideen nachzujagen, deren Verwirklichung unmöglich und mit dem Bestande Gesamtösterreichs unüberträglich ist. Den Führern dieser verfassungsfreudlichen Fractionen rufen wir ein „non possumus!“ entgegen in der Ueberzeugung, daß der österreichische Reichsrath diesen Ruf „non possumus!“ hundertfach wiederholen wird!

Das Gesetz betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen

ist durch das am 7. d. M. in Berlin ausgegebene „Reichsgesetzblatt“ verkündigt worden und tritt sonach am 28. d. M. in Kraft. Dasselbe lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen im Namen des deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, wie folgt: § 1. Es wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus einem Pfunde feinen Goldes 139 1/2 Stück ausgebracht werden. § 2. Der zehnte Theil dieser Goldmünze wird Mark genannt und in hundert Pfennige eingetheilt. § 3. Außer der Reichsgoldmünze zu 10 Mark (§ 1) sollen ferner ausgeprägt werden: Reichsgoldmünzen zu 20 Mark, von welchen aus einem Pfunde feinen Goldes 69 3/4 Stück ausgebracht werden. § 4. Das Mischungsverhältniß der Reichsgoldmünzen wird auf 900 Tausendtheile Gold und 100 Tausendtheile Kupfer festgestellt. Es werden demnach 125 5/5 Zehn-Mark-Stücke, 62 7/75 Zwanzig-Mark-Stücke je ein Pfund wiegen. § 5. Die Reichsgoldmünzen tragen auf der einen Seite den Reichsadler mit der Umschrift „Deutsches Reich“ und mit der Angabe des Werthes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der anderen Seite das Bildniß des Landesherrn, beziehungsweise das Hoheitszeichen der freien Städte, mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen. Durchmesser der Münzen, Beschaffenheit und Umschrift der Ränder derselben werden von dem Bundesrathe festgestellt. § 6. Bis zum Erlasse eines Gesetzes über die Einziehung der groben Silbermünzen erfolgt die Ausprägung der Goldmünzen auf Kosten des Reiches für sämtliche Bundesstaaten auf den Münzstätten derjenigen Bundesstaaten, welche sich dazu bereit erklärt haben. Der Reichskanzler bestimmt unter Zustimmung des Bundesrathes die in Gold auszumünzenden Beträge, die Vertheilung dieser Beträge auf die einzelnen Münzstätten und auf die einzelnen Münzstätten, und die den letzteren für die Prägung jeder einzelnen Münzstätte gleichmäßig zu gewährenden Vergütung. Er versieht die Münzstätten mit dem Golde, welches für die ihnen überwiesenen Ausprägungen erforderlich ist. § 7. Das Verfahren bei Ausprägung der Reichsgoldmünzen wird vom Bundesrathe festgestellt und unterliegt der Beaufsichtigung von Seiten des Reiches. Dieses Verfahren soll die vollständige Genauigkeit der Münzen nach Gehalt und Gewicht sicherstellen. Soweit eine absolute Genauigkeit bei dem einzelnen Stücke nicht innegehalten werden kann, soll die Abweichung in Mehr oder Weniger im Gewicht nicht mehr als zwei und ein halb Tausendtheile seines Gewichtes, im Feingehalt nicht mehr als zwei Tausendtheile betragen. § 8. Alle Zahlungen, welche gesetzlich in Silbermünzen der Thalerwährung, der süddeutschen Währung, der Lübscher oder Hamburgischen Courantwährung oder in Thalern Gold Bremer Rechnung zu leisten sind oder geleistet werden dürfen, können in Reichsgoldmünzen (§§ 1 und 2) dergestalt geleistet werden, daß gerechnet wird: das Zehn-Markstück zum Werthe von 3 1/2 Thalern oder 5 fl. 50 kr. süddeutscher Währung, 8 Mark 5 1/2 Schilling Lübscher und Hamburgischer Courant-Währung, 3 1/3 Thaler Gold Bremer Rechnung; das Zwanzig-Markstück zum Werthe von 6 3/4 Thalern oder 11 fl. 40 kr. süddeutscher Währung, 16 Mark 10 2/3 Schilling Lübscher und Hamburgischer Courant-Währung, 6 2/3 Thaler Gold Bremer Rechnung. § 9. Reichsgoldmünzen, deren Gewicht um nicht mehr als fünf Tausendtheile hinter dem Normalgewicht (§ 4) zurückbleibt (Passirgewicht) und welche nicht durch gewaltsame oder gesetzwidrige Beschädigung am Gewicht verringert sind, sollen bei allen Zahlungen als vollständig gelten. Reichsgoldmünzen, welche das vorgedachte Passirgewicht nicht erreichen und an Zahlungsstatt von den Reichs-, Staats-, Provinzial- oder Communal-Kassen, sowie von Geld- und Creditanstalten und Banken angenommen worden sind, dürfen von den gedachten Kassen und Anstalten nicht wieder ausgegeben werden. Die Reichsgoldmünzen werden, wenn dieselben in Folge längerer Circulation an Gewicht so viel eingebüßt haben, daß sie das Passirgewicht nicht mehr erreichen, für Rechnung des Reiches zum Einschmelzen eingezo-gen. Auch werden dergleichen abgenutzte Goldmünzen bei allen Kassen des Reiches und der Bundesstaaten stets voll zu demjenigen Werthe, zu welchem sie ausgegeben sind, angenommen werden. § 10. Eine Ausprägung von anderen als den durch dieses Gesetz eingeführten Goldmünzen, sowie von groben Silbermünzen, mit Ausnahme von Denkmünzen, findet bis auf weiteres nicht statt. § 11. Die zur Zeit im Umlaufenden Goldmünzen der deutschen Bundesstaaten sind von Reichswegen und auf Kosten des Reiches nach Maßgabe der Ausprägung der neuen Goldmünzen (§ 6) einzuziehen. Der Reichskanzler

wird ermächtigt, in gleicher Weise die Einziehung der bisherigen groben Silbermünzen der deutschen Bundesstaaten anzuordnen und die zu diesem Behufe erforderlichen Mittel aus den bereitstehenden Beständen der Reichskasse zu entnehmen. Ueber die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen ist dem Reichstag alljährlich in seiner ersten ordentlichen Session Rechenschaft zu geben. § 12. Es sollen Gewichtsstücke zur Uichtung und Stempelung zugelassen werden, welche das Normalgewicht und das Passirgewicht der nach Maßgabe dieses Gesetzes auszumünzenden Goldmünzen, sowie eines Vielfachen derselben, angeben. Für die Uichtung und Stempelung dieser Gewichtsstücke sind die Bestimmungen der Art. 10 und 18 der Maß- und Gewichtsordnung vom 17. Aug. 1868 (Bundesgesetzblatt S. 473) maßgebend. § 13. Im Gebiet des Königreiches Bayern kann im Bedürfnisfalle eine Unterteilung des Pfenniges in zwei Halbpennige stattfinden. Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne. Gegeben Berlin, den 4. Dec. 1871. (L. S.) Wilhelm. Fürst v. Bismark.“

Die Zustände in Frankreich

werden von der Journalistik des In- und Auslandes theils mit lichten, theils mit schwarzen Farben geschildert. Die „Trierer Zeitung“ schreibt:

„Die innere Lage der französischen Republik verschlechtert sich von Tag zu Tage, die Kluft zwischen der republikanischen und der monarchischen Partei wird immer breiter und tiefer und die Dinge gestalten sich so drohend, daß eine plötzlich eintretende Umwälzung, ein revolutionärer Ausbruch gar nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Die Situation ist so gespannt, daß der geringste Anlaß eine Katastrophe herbeiführen kann.“

Thiers hat in seiner Präsidentenbotschaft die Nationalversammlung für souverän erklärt und sich damit auf die Seite der Majorität dieser Assembly gestellt, die, wie bekannt, nichts weniger als republikanisch gesinnt ist. Thiers weiß es, daß diese Majorität je eher desto lieber die Monarchie wieder herstellen möchte und nur durch den einen Umstand daran verhindert wird, rath auf ihr Ziel loszusteuern, daß sie die öffentliche Stimmung gegen sich gerichtet weiß. Vorläufig begnügt sie sich mit der Ausbeutung ihrer Stellung, sie macht reactionäre Gesetze und sucht namentlich die Pressfreiheit zu beseitigen. Eine solche Thätigkeit in einem republikanisch sein sollenden Lande nimmt sich etwas seltsam aus.

Gambetta, der Führer der republikanischen Partei, richtet in seinem Organe die schärfsten Angriffe gegen den Präsidenten, er nennt ihn den Commis der Nationalversammlung, weil er sich zum Werkzeug dieser, streng genommen, illegalen Volksvertretung gemacht hat, deren Mandat mit Abschluß des Friedens erloschen ist und die nur deshalb sich nicht auflöst, um das Heft nicht aus den Händen zu geben. Denn daß bei Neuwahlen eine ganz anders zusammengesetzte Nationalversammlung zu Stande kommen würde, ist unzweifelhaft.

Die französische Republik mit diesem Präsidenten und dieser Nationalversammlung ist auf die Dauer nicht haltbar, der erste Sturmwind, ob er von Seite der Republikaner oder von Seite der Bonapartisten kommt, muß sie hinwegfegen. Und ein solcher Sturm ist im Anzuge, die Atmosphäre Frankreichs ist angefüllt mit revolutionären Gelüsten, die Republikaner wie die Monarchisten fühlen, daß eine Katastrophe nahe ist und daß möglicherweise nur derjenige Sieger bleibt, der dem andern zuvor kommt. Die Bonapartisten arbeiten indessen im Stillen, um, wenn der allgemeine Kummel losbricht, dazwischen zu fahren. Es sind daher drei Fälle denkbar: entweder die Republikaner raffen sich auf und setzen der Reaction den Fuß auf den Nacken, oder ihre Gegner führen den monarchischen Absolutismus ein und behandeln die Herren Gambetta und Genossen als Hochverräther, oder — das Kaiserreich wird wieder hergestellt. So barock dieses letztere auch klingen mag, so viel ist gewiß, der Bonapartismus macht Fortschritte, und das um so mehr, je erbärmlicher sich die Zustände gestalten. Eine Republik, die nichts als die Form für sich hat, dem Wesen nach aber zur Monarchie hinneigt, ist nicht haltbar.

Man hat seinerzeit die Behauptung aufgestellt, daß nur Thiers der Mann sei, die Republik zu erhalten. Neuerdings aber hat es sich gezeigt, daß derselbe durch seine Politik der Sache der Republik mehr schadet als nützt. Als es sich um die Verlängerung der Vollmachten Thiers' handelte, stimmte die Majorität nur deshalb dafür, weil man ihn als die einzige Persönlichkeit betrachtete, welche den Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges zu verhindern vermöchte. Nun aber wird es klar, daß die Katastrophe unausbleiblich ist und daß Thiers sie nicht aufhalten kann.

Gelänge es, die Auflösung der Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen durchzusetzen, so könnte möglicherweise die gegenwärtige Staatsform Frankreichs gerettet werden. Allein die Nationalversammlung ist souverän, wie Herr Thiers sagt, und die Auflösung wäre gegen die Interessen der royalistischen Majorität. Es ist sonach an eine Besserung der Situation nicht zu denken und man muß jeden Augenblick darauf gefaßt sein, die Nachricht von neuen inneren Kämpfen Frankreichs zu erhalten.

Politische Uebersicht.

Laibach, 19. December.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet Nachstehendes: „In den letzten Tagen fanden wiederholt Besprechungen statt zwischen dem Grafen Andrassy und den Mitgliedern des Cabinets Auer-Sperg bezüglich der Feststellung jener Absätze in der Thronrede, die die Beziehungen Oesterreichs zu den auswärtigen Mächten zum Gegenstande haben. Nach den Informationen, die uns diesbezüglich zugehen, können wir es als außer Zweifel stehend erklären, daß die Thronrede einen den auswärtigen Angelegenheiten gewidmeten Passus haben wird. Dieser wird das freundschaftliche Verhältniß der Monarchie zu allen Mächten mit besondere Betonung eines solchen zu Deutschland, Italien und Rußland constataren.“

Des weiteren soll die Thronrede einen Absatz enthalten, der sich über die günstige finanzielle Lage des Staates verbreiten wird. Ferner erfahren wir aus guter Quelle, daß dem Finanzminister Freiherrn v. Holzgerhausen nach dem Zusammentritte des Reichsrathes eine besondere Auszeichnung zugebacht ist.

In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der Abgang des Grafen v. Wimpffen auf den Gesandtschaftsposten nach Rom dadurch verzögert werde, daß die italienische Regierung hier in maßgebenden Kreisen die Andeutung hatte fallen lassen, sie wäre geneigt, ihre Gesandtschaft in Wien in eine Botschaft umzuwandeln, was dann natürlich auch von Seite Oesterreichs eine solche Veränderung des Charakters ihres Vertreters in Rom zur Folge haben würde.“

Das „Fremdenblatt“ will erfahren haben, daß das Ministerium Auer-Sperg den Polen in vertraulicher Weise seine Absichten bezüglich der Erweiterung der Autonomie Galiziens eröffnet haben soll. Die Konzeptionen, die das Ministerium im Reichsrath vertreten will, entsprechen im Wesentlichen dem bekannten Herbst'schen Subcomité-Berichte, doch würde die Regierung einer etwa weitergehenden Entschließung des Reichsrathes nicht prinzipiell entgegengetreten. Der erwähnte Bericht geht bekanntlich von der Voraussetzung aus, daß die directen Wahlen eingeführt werden.

Die „Agrarzeitung“ hat durch Prager Telegramme erfahren, daß dort die tschechischen Journale durch die Sprache der officiösen Petersburger Organe äußerst niedergeschlagen sind; einen sehr depressiven Eindruck hat namentlich der bedeutsame, schwungvolle Toast des russischen Kaisers hervorgerufen: „Al' diese Daten sprechen dafür, daß ein himmelhoher Unterschied zwischen der Auffassung tschechischer und föderalistischer Politiker und jenen Anschauungen vorherrscht, deren Registrirung sowohl in den hervorragendsten russischen als preussischen Organen und um so mehr auffallen könnte, als die stammverwandlichen Beziehungen der Tschechen in Nationalitätsfragen doch eine gewisse Auffassungsähnlichkeit leicht voraussetzen lassen könnten. Russische Diplomaten und Publicisten überzeugen uns jedoch davon in anerkennenswerther, erfreulicher Weise, daß ihnen eine objective Anschauung, die opportune Politik der eigenen Interessen durchaus nicht so ferne steht, als dies unter den Tschechen im Kreise aller Föderalisten, nicht minder in der Sphäre der croatischen Opposition wahrzunehmen ist. Auch diesmal kann es ebensowenig als sonst in unserer Absicht gelegen sein, über die allgemeine Wendung der Situation sarkastische Betrachtungen anzustellen, die bitteren Worte zu recapituliren, welchen wir fortwährend in Neusäzer und Prager Blättern begegnen. Wir nahmen auch dann nicht Notiz davon, als Prager Blätter Andrassy als den Jesuiten im Frack und Kalpat ihren Lesern vorgeführt, als selbst „Pancsovac“ ihren gegen Andrassy gerichteten Artikel wie folgt überschrieb: „Andrassy obfenshal.“ Waren und sind wir doch überzeugt, daß die leidenschaftlichste Geschäftigkeit, der niemals gerechtfertigte Groll gegen Ungarn einzig und allein die Triebfeder all' dieser Verleumdungen und Schmähungen gewesen. Wir wußten, ernster Besonnenheit müssen ehestens all' diese ungaruseindlichen, unverantwortlichen Agitationen weichen, und es haben sich diese Voraussetzungen zur Stunde auch in Prag gerechtfertigt, wo nach eigenem Geständnisse mehreren oppositionellen tschechischen Blättern mehrseitig bedeutet worden, sich lieber eingehend objectio mit inneren Fragen zu beschäftigen, anstatt fruchtlos die Spottschale der Satyre auf angefeindete Nationalitäten auszugießen.“

„Stoile belge“ bringt folgendes Telegramm aus Versailles, 16. d.: Die Prinzen von Orleans haben aus „patriotischen Gründen“ es vorläufig aufgegeben, ihre Sitze in der Nationalversammlung einzunehmen. Das Transactions-Project, daß die Regierung nach Paris übersiedeln soll, während die National-Versammlung in Versailles bleibt, wird wahrscheinlich angenommen werden. — Die Frage betrifft der Prinzen von Orleans ist noch immer in der Schwebe. Das „Journal de Paris“, das sich per se als Organ der Prinzen gibt, behauptet, die Spannung zwischen ihnen und dem Präsidenten dauere fort, aber Andere glauben besser dahin unterrichtet zu sein, daß die Sache im Wege der Verständigung sich befindet. Hr. Thiers, getreu der einmal angenommenen Rolle, will

nur seine Verantwortlichkeit aus dem Spiele haben und will der Versammlung selbst die Entscheidung überlassen, mit der sie vermöge einer Interpellation befaßt werden soll. Das Resultat ist dann nicht zweifelhaft, denn die Majorität wünscht mindestens eben so lebhaft wie die Prinzen selber, diese in ihrer Mitte zu sehen.

Der Papst ist, wie man aus dem Vatican berichtet, hinsichtlich seines Planes, nach Frankreich überzusiedeln, wieder schwankend geworden. Einerseits widerrathen die Aerzte wegen der gegenwärtig herrschenden empfindlichen Kälte die Reise, andererseits bieten die dortigen religiösen Körperschaften, die Güter besitzen, Alles auf, um ihn in Rom zu halten. Die Regierung scheint nämlich in der That die Absicht zu haben, die römischen Kirchengüter von dem in dem übrigen Königreiche herrschenden Gesetze zu exemiren, und hat bereits die landesüblichen Schritte gethan, um sich im Parlament für einen derartigen Vorschlag die nöthige Stimmenmehrheit zu sichern. Man fürchtet in clericalen Kreisen, daß diese Rücksicht im Fall der Abreise des Papstes nicht genommen und der Partei durch Säkularisirung der Güter eines der wichtigsten Einflußmittel entzogen werden würde.

Die für den 17. d. Abends anberaumte Versammlung der Deputirten der Majorität in Rom war sehr zahlreich besucht; die Minister waren gleichfalls anwesend. Nach mehreren Reden, in welchen die Minister und die Deputirten ihre Ideen austauschten und das Princip der Solidarität des Ministeriums und der Kammermajorität bekräftigten, wurde ein Ausschuss ernannt, welcher der mit der Prüfung der Finanz-Vorlagen betrauten Commission Vorschläge zu machen haben wird.

Vom Landtage.

Aus der zweiten Sitzung des neu constituirten krainischen Landtages vom 19. d. M.

Beginn der Sitzung: halb 11 Uhr Vormittags. Anwesend: Der Landeshauptmann, der k. k. Landespräsident und 33 Abgeordnete.

Das Protokoll der ersten Sitzung wird in slovenischer und deutscher Sprache verlesen und ohne Einwendung genehmigt, worauf zur Tagesordnung geschritten wurde.

Belangend den ersten Punkt der Tagesordnung, das Schreiben des Herrn k. k. Landespräsidenten wegen Vornahme der Reichsrathswahlen, beantragt Dr. Costa, daß dasselbe einem fünfgliederigen Ausschusse zugewiesen werde, welcher den Auftrag hat, den Bericht darüber bis zur nächsten Sitzung zusammenzustellen; könnte der Bericht nicht in Druck gelegt werden, so möge er in der nächsten Sitzung mündlich erstattet werden.

Gegen diesen von der Majorität unterstützten Dringlichkeitsantrag wendet sich Dr. Kallenegger mit der Betonung, daß das Schreiben zur sofortigen Vornahme der Reichsrathswahlen auffordert und durch eine eindringliche Besprechung des Gegenstandes nur staatsrechtliche Fragen ins Haus geworfen würden.

Dr. Costa's Antrag wurde von der Majorität angenommen, und es wurden in den Ausschuss Dr. Bleiweis, Dr. Costa, Svetec, Dr. Jarnik, und an die Stelle des Dr. Razlag, der die Wahl nicht annehmen zu können erklärte, Dr. Polskar gewählt.

Sodann verliest der Berichterstatter Dr. Costa den Bericht des Landesausschusses wegen Aenderung des § 32 der Dienstespragmatik für Landesbeamte. (Zweiter Punkt der Tagesordnung.)

Zu der Generaldebatte meldet sich Abg. Deschmann zum Wort, bespricht die Motive dieses Ausschussesantrages und dessen Entstehungsursache; er hebt hervor, daß er keinen so dringenden Gegenstand in der Sache erblicke, daß sie schon dem jetzigen Landtage vorgelegt werden müßte. Nachdem er weiters den Zusammenhang dieser Ausschussvorlage mit der zunächst auf der Tagesordnung stehenden beleuchtet und den Landtag vor Provocirung ungesetzlicher Opportunitätsbeschlüsse gewarnt hat, beantragt er über diesen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen.

Hierauf ergreift Dr. Razlag das Wort, um den Gegenstand, welcher ihm als gewesenen Landeshauptmann sehr nahe tritt, zu erörtern; er schließt sich bezüglich der Provocirung des nun besprochen Ausschussesberichtes mit als dem nächsten Punkte der Tagesordnung im Zusammenhang stehend, den Ausführungen seines Vorredners an, bemerkt, daß der Unstand, daß der Landtag in sechs Tagen zusammenzutreten hatte, ihn bestimmt habe, den Gegenstand an denselben zu leiten, um so mancherlei Bedenken zu lösen; er schließt mit der Erklärung, daß auch er mit der Aenderung der Dienstespragmatik für die landschaftlichen Beamten einverstanden sei, in welcher jedoch nebst den Pflichten der Beamten auch deren Rechte normirt werden sollen, und daß er diese seine Handlungsweise vor der Oeffentlichkeit zu vertheidigen bereit wäre.

In der Specialdebatte bezeichnet Dr. Costa die Ausführungen des Abg. Deschmann als nicht zur Sache gehörig, erklärt, daß der Antrag, dessen Berichterstatter er ist, sehr dringend sei und auf rechtlichem Boden basire; er beantragt dessen Annahme.

Nachdem Johin noch Freiherr v. Apfaltrern eine persönliche Bemerkung machte, die von Dr. Costa erwidert wurde, wurde zur namentlichen Abstimmung über den Antrag geschritten, bei welcher 21 Stimmen für den Antrag abgegeben wurden.

Der Landeshauptmann erklärt nun, daß bei dem Umstande, als durch den Antrag des § 13 die Landeshauptmannwahlordnung angegriffen werde und deswegen eine Zweidrittel Stimmenmehrheit erforderlich sei, damit der Antrag als angenommen anzusehen wäre, — die 21 für den Antrag abgegebenen Stimmen jedoch die Zweidrittel-Stimmenmehrheit nicht bilden — der Antrag gefallen sei.

Der Berichterstatter will Johin den Antrag dem Landesausschusse zur Berichterstattung überwiesen wissen, welchem Ansinne jedoch nach der Erklärung des Landeshauptmannes, daß nach gepflogener Abstimmung über den Gegenstand nicht mehr verhandelt werden könne, keine Folge gegeben wurde.

Sodann verliest Dr. Bleiweis nach einer kurzen Unterbrechung den Bericht wegen Besetzung der Primararztstellen im Landespitale, Dr. Jarnik beantragt über diesen Gegenstand zur Tagesordnung zu übergehen, wogegen Abgeordneter Kromer protestirt.

Dr. Razlag weist Johin in einer längeren Rede auf die Bedenken hin, welche ihn veranlaßten, die Entscheidung darüber vom gesammten Landtage herbeizuführen, motivirte dieselbe mit treffender Ueberzeugung und legt zum Schlusse die Entscheidung, „ob er Recht gethan oder Tadel verdient habe,“ in die Hände der im Landtage vertretenen Rechtskundigen und Morallehrer.

Nachdem noch Dr. Kallenegger die Gründe dargelegt hat, warum er sich dem Antrage der Majorität accomodire, wurde der Antrag des Dr. Jarnik auf Uebergang zur Tagesordnung einstimmig angenommen. Hiemit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird vom Landeshauptmann auf Donnerstag den 21. December anberaumt.

Tagesordnung: Bericht des Landesausschusses über Landtagswahlen; Bericht des Landesausschusses über die Wahl zweier Abgeordneten für die Landeshauptstadt; Bericht über das Schreiben des Landespräsidenten betreffend die Reichsrathswahlen; die Wahl für den Reichsrath, und Antrag des Landesausschusses bezüglich Erreicherung von sieben Gendarmerieposten.

Schluß der Sitzung um $1\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesneuigkeiten.

— Die Kaiserin Karoline Augusta ist am 17. d. mittelst Separatzuges der Westbahn um halb 3 Uhr Nachmittags aus Persenbeug in Wien eingetroffen.

— (Aenderung der Landtagswahlordnung in Niederösterreich.) Se. Majestät der Kaiser haben mit allerhöchster Entschliegung vom 12. d. dem von niederösterreichischen Landtage beschlossenen Gesetzesentwurf betreffend die Aenderung des § 12 der Landtagswahlordnung die Sanction ertheilt. Der § 12 wird hiernach lauten: „Die Abgeordneten der im § 2 aufgeführten Städte und Märkte sind durch directe Wahl aller jener nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesetz vom 31. März 1864 zur Wahl der Gemeindevertretung dieser Städte und Märkte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören und im dritten Wahlkörper ohne Rücksicht auf Steuerpflicht nach ihrer persönlichen Eigenschaft, das active Wahlrecht besitzen, oder mindestens 10 Gulden an directen Steuern in Wien, jedoch ohne Einrechnung der Staatssteuerzuschläge, zu entrichten haben; b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressteuer an directen Steuern gerechten Gemeindeglieder ausmachen, und von den nächstfolgenden diejenigen, welche mindestens zehn Gulden an directen Steuern zu entrichten haben. Diesen sind jene Gemeindeglieder anzureihen, welche nach der Gemeindegliederwahlordnung ohne Rücksicht auf die Steuerzahlung wahlberechtigt sind.“

— (Losescomptirung.) Die k. k. Staatsschuldentasse ist angewiesen, vom heutigen Tage an die am 31ten December 1871 fällig werdenden Gewinne der 1854er Lose bei deren Präsentation gegen Abnahme von 5perc. Sinsen zu escomptiren.

— (Zur Bezahlung des Jännercoupons.) Zu Bankreisen cursirt die Nachricht, daß zur Bezahlung des Jännercoupons bereits 16 Millionen Silber in den Staatskassen vorhanden seien, ohne daß es nothwendig gewesen, zu einer transitorischen Finanzoperation wie etwa zur Aufnahme einer schwebenden Schuld zu schreiten. Das Mehrerträgniß der Einnahmen des laufenden Jahres übersteige den Staatsvoranschlag um 12 Millionen. Es dürfte daher zur Deficitbedeckung pro 1871 keine Finanzoperation gemacht werden.

— (Im Prozesse der Franz-Josephsbahn) contra „Floh“ beantworteten die Geschwornen bezüglich Frisch von 34 Schuldbetragen 31 einstimmig mit Ja; bezüglich Fuchs sämtliche 36 Schuldbetragen einstimmig mit Ja. Der Gerichtshof verurtheilte Frisch zu einem viermonatlichen, Fuchs zu einem zweimonatlichen Arrest.

— (Franz-Josephsbahn.) Die Betriebseröffnung der sämtlichen Stationen auf der Theilstrecke Gmünd-Prag — directe Verbindung Wien-Prag — ist am 14. December erfolgt.

— (Studentenexceß.) In der Nacht vom 16ten auf den 17. d. fand im Café „Nordstern“ in Graz ein brutaler Studentenexceß statt. Die Studenten überwältigten den Hausmeister, erbrachen das Local, verammelten die Thüren und mißhandelten das Kaffeehauspersonal, bis die Polizei auf die Hilferufe erschien, die Thüren erbrach und die Excedenten verhaftete.

— (Nordpol-Expedition.) Graf Hans Wilczel ist, wie das „Salonblatt“ schreibt, gesonnen, eine Nordpol-Expedition zu veranstalten.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle der

ordentlichen Sitzung des k. k. Landeschulrathes

für Krain in Laibach, abgehalten am 30. November 1871 unter dem Vorsitze des Herrn k. k. Landespräsidenten Karl v. Wurzbach in Anwesenheit von 7 Mitgliedern.

Die Sitzung beginnt mit der Mittheilung der seit der letzten ordentlichen Sitzung erledigten Geschäftstücke, und es wird hierauf mit Bezug dessen, daß der neu ernannte provisorische Schuldiener der Lehrerbildungsaustalt, dessen demaliger Aufenthalt erst eruiert werden mußte, noch nicht eingetroffen ist, die Direction der k. k. Lehrerbildungsaustalt in Laibach ermächtigt, bis zum Eintreffen des ernannten prov. Schuldieners einen Ausfühlsdiener gegen eine Remuneration monatlicher 20 fl. aufzunehmen.

Der Landeschulrath beschließt das Einschreiten des k. k. Bezirksschulrathes in Radmannsdorf um Wiedereinführung der Prämien an den Volksschulen in Krain unterstützend dem h. Ministerium für Cultus und Unterricht mit dem Antrage vorzulegen, es möge den Ortsschulrathen, von deren Ermessen die Abhaltung der öffentlichen Prüfungen oder Bestimmung über allfällige Schulfestlichkeiten nach § 63 der allgemeinen Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870, Z. 7648, abhängt, in Abänderung der Ministerialverordnung vom 16. April 1868, Z. 2425, auch überlassen werden, zu bestimmen, ob an einer Schule eine Prämienvertheilung stattfinden habe oder nicht.

Eine Anfrage der Direction der k. k. Lehrerbildungsaustalt, betreffend die Theilnehmung der Uebungsschullehrer an den Monatsconferenzen der Lehrerbildungsschule, wird dem h. Ministerium für Cultus und Unterricht zur Entscheidung vorgelegt.

Aus Anlaß eines Besuches der Laibacher Ursulinenklostervorsteherin wird beschlossen, sich beim h. Ministerium für Cultus und Unterricht um die Erwirkung des Oeffentlichkeitsrechtes für die äußere und innere Mädchenschule in Laibach zu verwenden.

Einem Lehramtsbibanden wird über Einrathen der Direction die gebetene Dispens vom Musikunterricht ertheilt.

Die Verfügungen des k. k. Bezirksschulrathes in Littai betreffs der Ernennung des Franz Kovac zum prov. Lehrer in Sittich und der einstweiligen Uebertragung des Lehrdienstes an der neu errichteten Schule in Hvitisch an den Lehrer Brandic werden zur genehmigenden Kenntniß genommen.

Der von Schwarzenberg in provisorischer Eigenschaft an die Volksschule in Mannitz übersetzte Lehrer Johann Poženu wird daselbst definitiv angestellt.

Ueber den Bericht eines Bezirksschulrathes um Entscheidung, aus welchem Fonds die Reisekosten des Bezirksschulinspectors aus Anlaß einer Disciplinaruntersuchung gegen einen Volksschullehrer zu befreien seien, wird eine Anfrage an das h. Ministerium für Cultus und Unterricht zu richten beschlossen.

Mehrere Lehren werden Remunerationen und Auswahlen bewilligt.

Ferner werden mehrere Berichte der hiesigen Mittelschulen erledigt, für die Ertheilung des Unterrichtes in den speciellen Lehrgegenständen theils Remunerationen im eigenen Wirkungskreise bewilligt, theils diefalls die Anträge an das h. Ministerium für Cultus und Unterricht erstattet, an welches sich auch um Bewilligung einer weiteren Hilfslehrkraft für das Laibacher Gymnasium zu verwenden beschlossen wird.

— (Die zweite Landtagsitzung) fand gestern statt. Die Regierungsvorlage wegen Vornahme der Reichsrathswahlen wurde einem fünfgliederigen Ausschusse zur Berichterstattung zugewiesen. Der Antrag auf Aenderung der Dienstespragmatik ist gefallen. Ueber den Antrag wegen Besetzung der Primararztstellen wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Vorsitzende mußte mit Rücksicht auf die allzu nationalen Ausherrungen das Lied von der „Glocke“ anstimmen, d. h. Ordnungsrufe an die Zuhörerschaft erlassen. — Die nächste Sitzung findet morgen statt.

— (Die heutige Verfassungsfeier) verspricht in jeder Hinsicht eine großartige zu werden. Die Anmeldungen von Theilnehmern sind sehr zahlreich und das Arrangement des Festes dürfte ein durchaus gelungenes sein. Die Musik wird die eben hier anwesende ungarische Capelle besorgen, deren Leistungen in den letzten Tagen so außerordentlichen Beifall fanden. Die Capelle tritt übrigens heute zum letztenmale hier auf, da trotz der Anerkennung, die sie

gefunden, doch das finanzielle Erträgnis weit hinter dem für eine so große Gesellschaft Erforderlichen zurückbleibt, woran zum nicht geringen Theile die heranwachsenden Weib-

(Die Fest-Stuhlweissenburger Musikcapelle) erweiterter gestern abermals die im Casino-

(Ein Versuch.) Herr Dr. Hopps machte unter Beihilfe des Pianisten Herrn Arthur den Versuch, ob eine dramatische Vorlesung mit Clavierpièces hier Anklang finden würde.

(Diurnistenversammlung.) Am 24. d., um 3 Uhr Nachmittags, wird im Gasthause zur Sternwarte eine Versammlung der bei den k. k. Behörden und Kemiern bediensteten Diurnisten stattfinden.

(Veränderungen im Generalate.) Uebersetzt wurden: die Lieutenants: Pagliarucci-Rißstein, Emanuel Ritter v., vom Inf.-Reg. Constantin Großfürst von Rußland Nr. 18, zum Inf.-Reg. Freiherr v. Kuhn Nr. 17 (auf eigene Kosten);

(Aus dem Amtsblatt.) Die Postmeisterstelle zu Birkniz ist erledigt und wird zur Besetzung unter den üblichen Bedingungen ausgeschrieben.

(Zur Gefängnis-Statistik.) Mit Ende November l. J. betrug die Anzahl der Gefangenen in den Arresten der dem k. k. Oberlandesgerichte in Graz unterstehenden Gerichtshöfe, wozu auch die krainischen Gerichtsprängel gehören, 1043, und zwar 918 Männer und 125 Weiber.

(Theaterbericht.) Das gestrige Benefic des Capellmeisters Herrn Karl Pleininger ist als ein mittelmäßiges zu bezeichnen. Der zum ersten male hier aufgeführte Scherz „Der Floh“ von Fritz Mai ist ohne Effect über die Bretter gegangen.

Vorlenbericht. Wien, 20. December. Das wichtigste Ereignis der Börse war das Steigen der Fondspreise bei gleichzeitigem Herabgehen der Devisencourse.

Table with financial data: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligations, C. Andere öffentliche Anleihen.

Table with financial data: D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transportunternehmungen.

Table with financial data: F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen.

Table with financial data: H. Privatlose (per Stück), Wechsel (3 Mon.), Cours der Geldsorten.

schaffen. Im Sextett vernahmen wir einige falsche Töne, die wir in der Folge gerne vermiffen werden.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Keine Krankheit vermag der delicates Revalesciere du Barry zu widerstehen und befeitigt dieselbe ohne Medicin und Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleim-

Certificat Nr. 58782.

Lynnan, 10. Mai 1869.

Ich litt lange an Appetitlosigkeit und Erbrechen nach dem Essen. Ihre vortreffliche Revalesciere hat das Erbrechen gänzlich gehoben und meinen Appetit hergestellt.

Carl Berger.

Certificat Nr. 62914.

Weslan, 14. September 1868.

Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidal-Leiden, Lebertrantheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalesciere.

Franz Steinmann.

Nachhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 20. December. Die heutige „Wiener Btg.“ bringt die Ernennung Apponyi's zum Botschafter in Paris.

Brünn, 19. December. Der Landtag annullirte die Wahl des Föderalisten Sanel wegen Incorrectheit beim Wahlacte.

Die „Presse“ meldet: Mittwoch, am 27. d., treten beide Häuser des Reichsraths in Gemäßheit des kaiserlichen Einberufungspatents zu ihrer Eröffnungsitzung zusammen.

serlichen Thronrede Folge gebend, wird das Abgeordnetehaus einen Ausschuss bestellen, welchem die Abfassung der Adresse obliegen wird und sich sodann bis 10. Jänner 1872 vertagen.

Wien, 18. December. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Brody telegraphirt, die Studenten von Moskau, welche eine Adresse um Gewährung der Pressfreiheit unterschrieben, werden nach Sibirien deportirt werden.

Graz, 18. December. In den beiden letzten Nächten haben abermals große Studenten-Excesse stattgefunden. Es wurde zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Straßburg, 19. December. Die „Straßburger Btg.“ meldet, daß die Gründung einer Hochschule und die Stadterweiterung genehmigt sei.

Sandringham, 18. December. Der Prinz von Wales hat die Nacht ruhig verbracht, dessen Zustand ist fortdauernd ein ganz befriedigender.

Telegraphischer Wechselcours

vom 19. December.

Spec. Metalliques 60 15. — Spec. Metalliques mit Mat- und November-Zinsen 60 15. — Spec. National-Anlehen 70 10. — 1860er Staats-Anlehen 101.80. — Bank-Actien 809. — Credit-Actien 323.80. — London 117.30. — Silber 116.50. — R. 1 Münz-Ducaten 5.50. — Napoleond'or 9.29 1/2.

Das Postdampfschiff „Thuringia“, Capitän Ehlers, welches am 29. November von Hamburg abgegangen, ist am 14. December wohlbehalten in New-York angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfswerth, 18. December. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with market prices: Weizen per Metzen, Korn, Gerste, Hafer, Halbhucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Fijolen, Rindschmalz pr. Pfd., Schweinschmalz, Speck, frisch, Speck, geräuchert Pfd.

Angekommene Fremde.

Am 18. December.

Elefant. Broz, Ingenieur, Graz. — Grubovic, Agram. — Jelen, Bittgermeister, Senofetsch. — Hubmann, Handelsmann, Graz. — Schuscha, Handelsmann, Baden. — Wetzelheim, Inspector, Wien. — Schuscha, Handelsmann, Brunn. — Frau Mlaker, Innerkraut. — Frau Raspet, Doctor'sgattin, Abelsberg. — Hocevar, Private, Richtenwald. Stadt Wien. Pirz, Handelsreisender, Wien. — Jugovic, Krainburg. Sternwarte. Kramaric, Landtagsabgeordneter, Unterkraut.

Theater.

Heute: Blaubari. Komische Oper in 4 Acten von Halevy und Meilhac, deutsch von Julius Hopp. Musik von Jacques Offenbach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with weather observations: December, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Himmels, Niederschlag in Millimetern.

Morgens düster, nässender Nebel. Sonntiger Tag. Höhenbunzl. Mondhof. Abends dünner Nebel. Das Tagesmittel der Temperatur - 7.4°, um 5.5° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.